

BERLINER RUNDSCHAU

„Wir haben
geliefert.“

CDU

Berlin wird.

CDU beschließt
Programm und
Spitzenkandidat.

Regierungsbilanz.
3 gute Jahre. Anfang
ist gemacht.

Die neue
Bildungspolitik
wirkt.

50. Landesparteitag im Spiegel der Medien

„92,64 Prozent. Das Ergebnis, mit dem die Berliner CDU ihren Spitzenkandidaten Kai Wegner am Dienstagabend in den Wahlkampf geschickt hat, ist eines, von dem andere Parteichefs träumen. Die Partei steht hinter ihrem Regierenden Bürgermeister.“

(Berliner Morgenpost
vom 11. Juni 2026)

In seiner Bewerbungsrede hatte Wegner seine Partei auf den Wahlkampf eingeschworen und die politischen Gegner scharf angegriffen. Er rief die CDU auf, gemeinsam zu kämpfen und dafür zu sorgen, dass in Berlin - Zitat - „gesunder Menschenverstand statt links-grüner Ideologie regiert“.

(rbb, 9. Juni 2026)

„Wegner ist überzeugt: Es wird eine Schicksalswahl für Berlin.“

(Bild vom 9. Juni 2026)

„Nach seiner Rede bekam Kai Wegner (53) sieben Minuten lang stehende Ovationen von den Delegierten.“

(B.Z. vom 10. Juni 2026)

„Beim Tempelhofer Feld hat die Partei ein Alleinstellungsmerkmal gefunden.“

(taz vom 10.06.26)

„Wegner pflegt einen eher zurückhaltenden Führungsstil, in seinem Umfeld schwärmt man von seinem Teamgeist.“

(Süddeutsche Zeitung
vom 11. Juni 2026)

In dieser Ausgabe...

Die CDU startet in den Wahlkampf

mit einem mitreißenden Landesparteitag auf dem Kai Wegner wieder zum Spitzenkandidat gekürt wurde; lesen Sie dazu alles auf den [Seiten 4 und 5](#)

Starke Erfolge

haben die 3 Jahre der Wegner-Regierung erzielt. Was sich beim Bürgeramt, bei der Bildung oder Inneren Sicherheit und sonst noch geändert hat, steht auf den [Seiten 6 und 7](#)

Schlafbaustellen aufgewacht.

Wie das CDU-geführte Verkehrsressort gegen Schlaf- oder Geisterbaustellen vorgeht, dokumentieren wir auf der [Seite 10](#)

Besser und sicherer Lernen.

Wie die Qualität und Sicherheit an unseren Schulen verbessert wird, erfahren Sie in einem [Veranstaltungsbericht](#) sowie in einem [Namensartikel](#) auf den [Seiten 12 und 13](#)

Den Sommer in Berlin verbringen,

ist nicht nur für Touristen etwas besonders Schönes, sondern bietet auch den Hauptstädtern viel Abwechslung vor allem im Freien; dazu mehr auf [Seite 16](#)



Berlin wird schneller.
Berlin wird smarter.
Berlin wird besser –
mit der CDU.



Liebe Leserinnen und Leser,

erinnern Sie sich noch, wie es in Berlin unter Rot-Rot-Grün war? Der rot-rot-grüne Senat schaffte es nicht einmal, eine Wahl ordnungsgemäß durchzuführen. Der linke Mietendeckel würgte den Wohnungsbau konsequent ab. Teils monatelang musste man auf Bürgeramtstermine warten. Berliner Schülerinnen und Schüler waren im Vergleich zu den anderen Bundesländern immer unter den schlechtesten. An Silvester 2022 fand der Senat keine Antwort auf das Sicherheitschaos in den Straßen unserer Stadt. Der rot-rot-grüne Senat war zerstritten und handlungsunfähig.

Und wie sieht es jetzt aus? Nach drei Jahren CDU-geführtem Senat werden deutlich mehr Wohnungen gebaut. Bürgeramtstermine gibt es oft schon am nächsten Tag. Wir sind in drei Jahren in den Bildungsrankings von Platz 15 auf Platz 11 der Bundesländer aufgerückt, Tendenz weiter nach oben. Und wir haben das schärfste Polizeigesetz Deutschlands.

Es ist klar: Wir haben zwar noch ein gutes Stück Weg vor uns. Aber der Anfang ist gemacht. Berlin wird schneller. Berlin wird smarter. Berlin wird besser – mit der CDU.

Denn für uns als CDU gilt: Berlin ist eine Stadt, die weiter für Moderne, Freiheit, Innovation und Vielfalt stehen soll. Jeder soll sich hier sicher fühlen können,

egal was er glaubt oder wen er liebt. Freiheit und Recht müssen hier für jeden gelten. Deshalb stellen wir uns auch mit aller Kraft gegen die politischen Ränder, die genau diese Grundüberzeugungen bekämpfen. Wer sich wie die Linke nicht eindeutig von Gewalt distanziert, wer ungeniert mit Terrorunterstützern und Judenhassern sympathisiert, wer gegen unsere Polizistinnen und Polizisten hetzt, darf in Berlin niemals in Verantwortung kommen. Es wird hier keinerlei Zusammenarbeit geben.

Genauso wenig werden wir aber mit der AfD zusammenarbeiten. Ein Berlin, das sich von der Welt abschottet, ein Berlin das Menschen ausgrenzt, werden wir als CDU niemals unterstützen. Das ist nicht unser Berlin.

Deshalb erneuern wir am 20. September unser Angebot an

alle Berlinerinnen und Berliner: Wir treten für ein Berlin der Freiheit ein, ein Berlin, das nicht ausgrenzt, ein Berlin, in dem sich alle sicher fühlen können, ein Berlin, das weiterhin wird.

Es grüßt Sie herzlich

Dr. Ottilie Klein

Dr. Ottilie Klein
Generalsekretärin der CDU Berlin



Kai Wegner:

„Lasst uns dafür sorgen, dass diese Stadt auf einem Kurs der Mitte bleibt.“

Als der Spitzenkandidat gekürt, das Regierungsprogramm beschlossen und die Nationalhymne gesungen war, stürmten die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU Berlin auf die Bühne. Die vielen Gruppenbilder und Selfies vor der 22 Meter langen LED-Wand wurden dann zum digitalen Beweis, dass Berlins Christdemokraten nun offiziell im Wahlkampf sind.

Die CDU Berlin tagte an einem der spannendsten Zukunftsorte der Stadt. Hier stand einst die größte Zigarettenfabrik Europas. Der Eigentümer, Philip Morris, will den Standort nun in den größten Innovationscampus für Technologien der Industrie 4.0 transformieren.

Mit ruhigen, aber eindringlichen Worten begann der CDU-Landesvorsitzende Kai Wegner die Bilanz seiner schwarz-roten Landesregierung. Er rief zunächst die Hinterlassenschaft der rot-rot-grünen Vorgänger-Regierung in Erinnerung: „Eine Silvesternacht, bei der der Rechtsstaat die Kontrolle verloren hat und Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehrleute in den Hinterhalt gelockt wurden“, „weil der Vorgängersenk nicht mal mehr in der Lage war, demokratische Wahlen zu organisieren“ und eine „grüne Verkehrspolitik“ herrschte.

Es habe damals niemand daran geglaubt, die Wahl gewinnen zu können, und nach dem Wahlsieg niemand, dass man eine Regierung bilden könne, sagte Wegner. Heute wissen wir, dass es anders kam und mit Kai Wegner nach 22 Jahren wieder ein Christdemokrat ins Rote Rathaus einzog. In der ersten Reihe saß dann auch der vormalige „Regierende“, Eberhard Diepgen,



und teilte seine Freude mit den anderen knapp 300 Delegierten im Saal.

Ausführlich stellte Kai Wegner die Bilanz der CDU-geführten Regierung vor. Wegner: „Wir haben geliefert. Die Verwaltungsreform ist beschlossen.“ Und Wegner weiter: „Ich lese jetzt oft in den Zeitungen: Na ja, es ist doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass die Bürgerämter funktionieren. Ich frage mich dann immer, warum in 15 Jahren das keiner hingekriegt hat.“

Als Kai Wegner auf die unter seiner Regierung beschlossene neue Bauordnung und das neue „Schneller-Bauen-Gesetz“ kommt, fasst er die Erfolge greifbar zusammen. „Bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir in dieser Regierung 80.000 neue Wohnungen bauen. Das ist ein Zuhause für 160.000 Berlinerinnen und Berliner. Und mal als Maßstab: Das entspricht einer Stadt in der Größe von Heidelberg.“ Dann kam er zum Tempelhofer Feld: „Ich kann den Menschen in Lichtenberg, in Marzahn-Hellersdorf, in Pankow oder in Treptow-Köpenick nicht mehr erklären, dass sich die Innenhöfe immer

Das Programm der CDU:

Sicherheit, Recht und Ordnung: Sanierung und Neubau von Polizeiwachen (u.a. am Leopoldplatz); mehr Videotechnik an Kriminalitätsschwerpunkten; verdachtsunabhängige Personenkontrollen; weniger Bürokratie für Polizei; Verdopplung der Schießtrainings für Polizisten; schnellere Strafverfahren bei Straßenkriminalität; Stärkung der Ordnungsämter mit mehr Personal, Befugnissen und Bodycams; hartes Vorgehen gegen Clan-Kriminalität und Extremismus; Einführung eines Verfassungstreue-Check im öffentlichen Dienst.

Mieten und Wohnen: Berliner Wohnungsoffensive mit 100.000 neuen Wohnungen bis 2031; Stärkung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Berliner Genossenschaften; Stärkung der Mietpreisprüfstelle; Einführung eines „Berliner Eigentumsbonus“ und Reduktion der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums.

Wirtschaft: Bürokratieabbau nach dem Prinzip „One in – two out“; Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden; kostenfreie Ausbildung zum Meister, Techniker oder Fachwirt; gezielte Förderung von Ausgründungen; Fast-Track-Programm für internationale Gründer & Fachkräfte aus dem Tech-Bereich; Entwicklung Berlins zu führendem „DefTech“-Standort; EXPO 2035; Olympische Spiele in Berlin.

Bildung: verbindliche Leistungsstandards; Beibehaltung von Schulnoten; Stärkung der Gymnasien; kleinere Klassen; Einführung berlinweiter Schulmeisterschaften im Sport; Berufsorientierung ab Klasse 7; Medienbildung an allen Schulen; Stärkung der multiprofessionellen Teams an Schulen; regelmäßige „Blaulicht-Tage“ an Schulen.

Mobilität: NEIN zu einem autofreien Berlin; Weiterbau der A100; Bau der TVO; Tempo 50 auf Hauptstraßen; Erhalt von Parkplätzen; Baustellenbonus für schnelle Bauprojekte; mehr Sicherheit und Sauberkeit im ÖPNV durch mehr Personal, Videotechnik sowie bessere Notrufmöglichkeiten; Ausbau von S- und U-Bahn-Strecken; neue Radwege nur dort, wo sinnvoll und nötig; Weiterentwicklung des Flughafens BER zum zentralen Luftverkehrsdrehkreuz Ostdeutschlands.

Funktionierende Verwaltung: Abbau von Doppelstrukturen und Mehrfachzuständigkeiten; flexibler Personaleinsatz zwischen Behörden; Einsatz von Künstlicher Intelligenz bei standardisierten Aufgaben; Leistungswettbewerb innerhalb der Verwaltung.

Zum Regierungsprogramm QR-Code scannen oder www.berlin-wird.de.



weiter nachverdichten und die Potenzialfläche am Tempelhofer Feld nicht nutzen.“ Kai Wegner sieht mit einem neu aufgetauchten Vorschlag hier das Potenzial für 21.400 neue Wohnungen. Am Wahltag, dem 20. September, finde der große Volksentscheid zur Randbebauung Tempelhoofs statt, sagte er. Wer das wolle, müsse CDU wählen.

Beim Thema Mobilität lobte Wegner das Tempo etwa des Neubaus der Ringbahnbrücke und betonte zugleich die Investitionen in die BVG und den angestrebten Ausbau von U-Bahnlinien in die Außenbezirke. Unter großem Applaus rief er den Delegierten ein Bekenntnis zum Auto zu: „Wir werden das Auto nicht verbieten.“ Er bekannte sich außerdem zum weiteren Ausbau der A 100 und der Tangentiale Verbindung Ost.

Nicht minder leidenschaftlich beschrieb er die CDU-Position bei der Bildung. „Lesen, Schreiben, Rechnen statt Gendern. Das ist die Antwort der CDU für gute Bildung.“ Außerdem werde „der Betreuungsschlüssel bei den Unterdreijährigen in den Kitas“ verbessert, weil die Kitas „keine Aufbewahrungseinrichtungen“, sondern „Bildungseinrichtungen“ seien.

Empathisch schloss er seine Rede: „Lasst uns dafür sorgen, dass diese Stadt auf einem Kurs der Mitte bleibt.“ Und: „Diese Stadt braucht eine starke CDU gerade in unseren unsicheren Zeiten.“

Die Delegierten quittierten die 75-minütige Rede immer wieder mit Zwischenapplaus und zollten am Ende ganze 7 Minuten Beifall. Eine überraschende Gegenkandidatur machte später eine geheime Abstimmung nötig, aus der Kai Wegner mit knapp 93 Prozent der Stimmen hervorging. Ein Ergebnis, „von dem andere Parteichefs träumen“, wie die Berliner Morgenpost kommentierte.



„Das ist nicht mehr mein Berlin. Ich dreh‘ komplett durch!“

Auf Instagram und Co erreichen in diesen Wochen Berlin-Videos ungeahnte Reichweiten, die man sich vor einiger Zeit noch nicht hatte vorstellen können. So bekundet etwa der Schauspieler Matthias Maschke zu einem Erlebnis mit der Berliner Verwaltung: „Ey, ich glaub‘, ich spinne.“ „Das ist nicht mehr mein Berlin. Ich dreh‘ komplett durch!“. Was passiert? Herr Maschke bekam im Bürgeramt von kompetenten und freundlichen Mitarbeitern seinen Personalausweis und Hilfe bei einem weiteren, aber unangekündigten Problem. Verfolgt man die Kommentare oder weitere Posts, etwa von Andreas Scheuer, haben viele heute so ungeahnt positive Erlebnisse. Ein Erfolg auch der Verwaltungsreform – einem zur Chefsache erklärten Projekt des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner. Es hat sich viel getan, seitdem die CDU regiert.

Berlin wurde oft belächelt. Als Stadt, in der vieles nicht funktioniert. Als Hauptstadt der langen Wartezeiten, des Unterrichtsausfalles und des politischen Dauer-

Berlin wird sicher.

Berlin hat jetzt das schärfste Polizeigesetz Deutschlands.

streits. Spätestens als vor etwas mehr als drei Jahren sogar eine Wahl wiederholt werden musste, war für viele klar: So konnte es nicht weitergehen.

Mit Kai Wegner im Roten Rathaus führt die CDU seit April 2023 einen Senat an, der Probleme anpackt statt sie zu verwalten – pragmatisch und lösungsorientiert. Dass es einen Unterschied macht, wer in Berlin regiert, zeigt sich inzwischen an vielen Stellen der Stadt: bei Bürgerämtern und Verwaltung, bei Sicherheit und Sauberkeit, beim Wohnungsbau sowie in der Bildungs- und in der Verkehrspolitik.

Berlin wird knallhart.

Kriminellen Clans geht es an den Kragen. Und ans Vermögen.

Die Zeit des Wegschauens ist in unserer Stadt vorbei. Berlin hat heute das **schärfste Polizeigesetz** Deutschlands. **Mehr Bodycams**, der Einsatz von **Videotechnik** an kriminalitätsbelasteten Orten und **Messer- und Wafferverbotzonen** stärken Polizei und Sicherheitskräfte. Gleichzeitig geht der Senat konsequent gegen Organisierte Kriminalität vor – und zwar vor allem dort, wo es den Clans besonders wehtut: beim Geld. So wurden im Jahr 2025 Vermögenswerte in Rekordhöhe

von **21,8 Millionen Euro** eingezogen; 2023 waren es nur rund 4,9 Millionen Euro. Außerdem wurden **250 illegale Spielautomaten** sichergestellt und **77 Immobilien aus Clan-Besitz** beschlagnahmt, darunter auch die berühmte „Remmo-Villa“.

Auch bei den Themen Sauberkeit und Ordnung hat die CDU einen klaren Kurswechsel eingeleitet. Durch die **Verschärfung des Bußgeldkatalogs** werden Müllsünder nun spürbar zur Kasse gebeten; mit zum Beispiel 700 Euro für einen Altfreien. Damit Regeln kontrolliert und konsequent durchgesetzt werden, hat der CDU-geführte Senat die **Ordnungsämter gestärkt** und **Anreize für mehr Kontrollen** geschaffen, indem die eingenommenen Gelder direkt an die Bezirke fließen. Die BSR reinigt mehr Parks und Spielplätze. Neue **Reinigungsstreifen der BVG** sorgen für mehr Sauberkeit im Nahverkehr.

Besonders bei Bürgerämtern und Verwaltung spüren die Menschen inzwischen deutlich, dass Berlin wieder funktioniert. Wer einen Bürgeramtstermin brauchte, musste oft monatelang warten. Kai Wegner machte das Thema zur Chefsache – und zwar mit Erfolg! Heute gibt es einen **Termin oft schon am nächsten Tag**. Oft aber ist der Gang zum Bürgeramt gar nicht mehr nötig: **Über 450 Dienstleistungen** lassen sich inzwischen digital bequem von zu Hause aus erledigen – von der Wohnsitzanmeldung bis zur Meldebescheinigung. Mit der **großen Verwaltungsreform** setzt die CDU außerdem um, woran frühere Senate über Jahrzehnte gescheitert sind: **starke Bezirke, klare Zuständigkeiten** und **Schluss mit Behörden-Pingpong**.

Mit der CDU im Senat hat auch Bildung wieder Priorität. Die **Vorschule** ist mit dem Kita-Chancenjahr zurück. **Deutsch und Mathematik** werden an Grundschulen gezielt gestärkt. Gleichzeitig wurde der **Lehrermangel massiv reduziert**: Fehlten vor zwei Jahren noch

Berlin wird sauber.

Mehr Stadtreinigung. Hohe Strafen für Müllsünder.

rund 1.500 Lehrkräfte, waren es zum Start des aktuellen Schuljahres nur noch etwa 200. In bundesweiten Bildungsvergleichen holt Berlin Schritt für Schritt auf. Mit dem **neuen 11. Pflichtschuljahr** bekommen zudem jedes Jahr rund 2.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz eine klare Perspektive.

Beim Wohnungsbau setzt die CDU auf mehr Tempo und weniger Bürokratie. Denn klar ist: Zu lange wurde in Berlin zu wenig gebaut. Mit dem **Schneller-Bauen-Gesetz** und der **neuen Bauordnung** wurden Verfahren vereinfacht und Genehmigungen beschleunigt. Das zeigt inzwischen Wirkung: Allein im vergangenen Jahr wurden **über 14.000 Wohnungen** genehmigt – fast 50 Prozent mehr als im Vorjahr. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen planen

zusätzlich rund 7.000 neue Wohnungen. Bis Ende 2026 entstehen so rund **80.000 neue Wohnungen** für etwa 160.000 Menschen. Zusätzlich wurden 2025 mehr als **5.100 Sozialwohnungen** bewilligt und über **750 Millionen Euro in die Wohnraumförderung** investiert.

Auch in der Verkehrspolitik gilt wieder Pragmatismus statt Ideologie. Die **Friedrichstraße** wurde wieder für Autos geöffnet. **Tempo 50** gilt dort, wo es sinnvoll und möglich

ist. Der **Abriss der Ringbahnbrücke geschah in Rekordzeit** – mit dem richtigen politischen Willen und klaren, schnellen Entscheidungen. Den **Polter-Irrsinn** hat die CDU gestoppt und die Gelder für immer mehr Poller und Kiezblocks gestrichen. Zugleich investiert Berlin so stark wie nie zuvor in Bus und Bahn: Mehr als **1,3 Milliarden Euro** fließen

inzwischen jährlich in die **BVG** – in neue Fahrzeuge, moderne Infrastruktur und mehr Kapazität. **480 neue U-Bahn-Wagen** modernisieren den Nahverkehr.

Die vergangenen drei Jahre zeigen: Berlin kann funktionieren. Vieles ist bereits auf den Weg gebracht worden – und doch bleibt noch viel zu tun. Denn Berlin ist nie fertig. Berlin wird. Und mit der CDU wird Berlin jeden Tag ein Stück besser.

Berlin wird wachsam.

Jetzt wird hingeschaut: Mehr Bodycams, mehr Videoüberwachung.

Berlin wird lernfähig.

30.000 Schulplätze geschaffen.

Gedenken an den 17. Juni 1953

Den Wert der Freiheit weiß man besonders zu schätzen, wenn man sie nicht hat. Im Juni 1953 begeherten zunächst Arbeiter, dann hunderttausende Menschen in ganz Ostdeutschland gegen die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), Vorgängerpartei der LINKEN, auf. Über 50 Menschen starben bei der brutalen Unterdrückung der Proteste, mehr als 15.000 wurden inhaftiert. Der Regierende Bürgermeister von Berlin Kai Wegner sprach zum Gedenktag auf der Veranstaltung der Bundesregierung zum 73. Jahrestag des Aufstands vom 17. Juni 1953. Der 17. Juni war von 1954 bis zur deutschen Wiedervereinigung 1990 als „Tag der deutschen Einheit“ der Nationalfeiertag der Bundesrepublik Deutschland. Die große zentrale Straße, die vom Brandenburger Tor bis zum Ernst-Reuter-Platz verläuft, trägt dieses historische Datum im Namen.



Drittes feierliches Gelöbnis vor dem Berliner Parlament

Auch das hätte es nicht ohne die CDU in Verantwortung gegeben: Ein öffentliches und feierliches Gelöbnis von Rekrutinnen und Rekruten der Bundeswehr vor dem Berliner Parlament, dem Abgeordnetenhaus. Initiatorin dieses inzwischen dritten Gelöbnisses ist die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Cornelia Seibeld (CDU). Sie betont: „Berlin erinnert uns wie keine andere deutsche Stadt daran, dass Freiheit niemals selbstverständlich ist. Menschenwürde, Freiheit und Demokratie bleiben ohne persönlichen Einsatz nicht dauerhaft bestehen. Diese Werte lassen sich nicht vom Sofa aus verteidigen. Deshalb führen wir zu Recht wieder die Diskussion über Wehrdienst und gesellschaftliche Verantwortung.“ Der



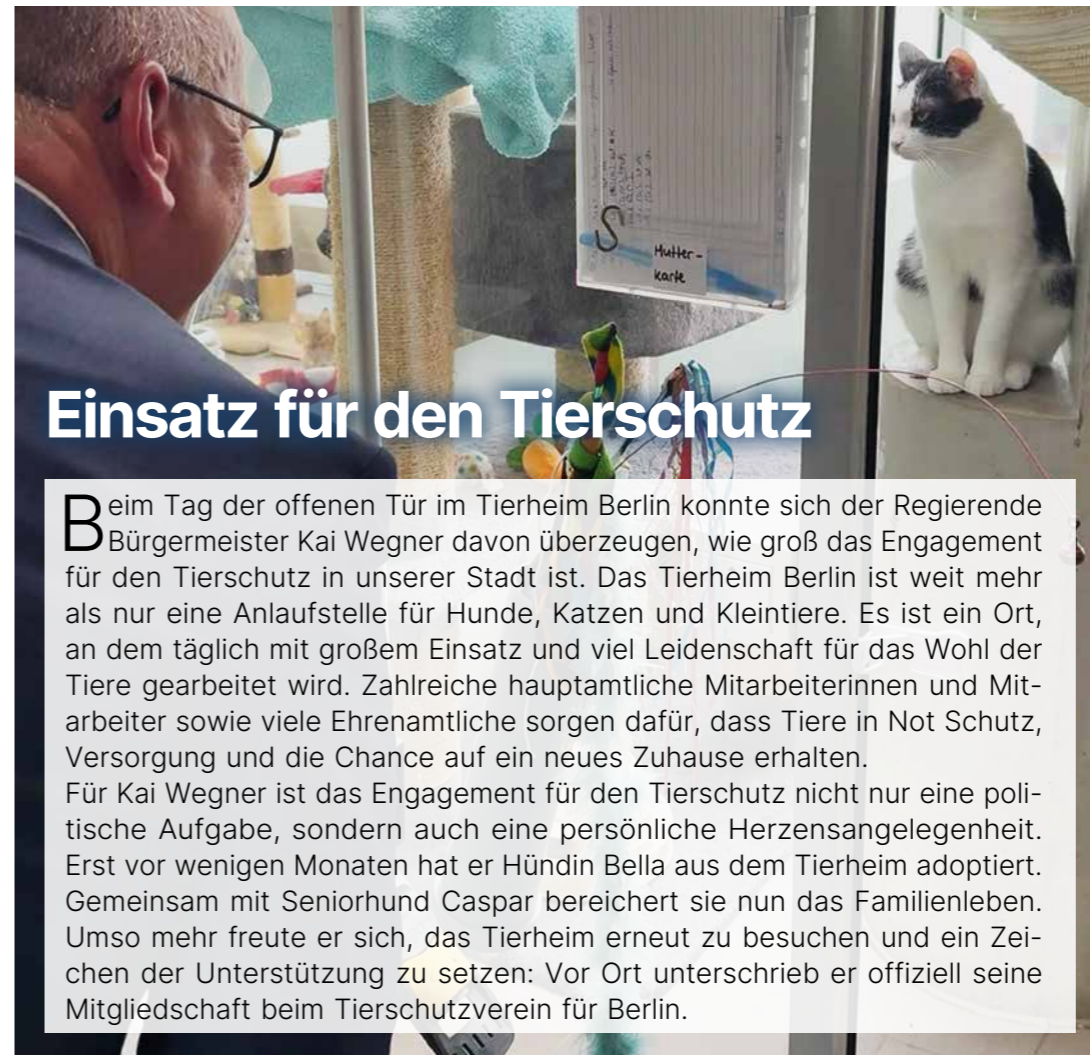
Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, stellt in seinem Grußwort heraus: „Die Bundeswehr gehört in die Mitte unserer Gesellschaft. Unsere

Soldatinnen und Soldaten stehen für Pflichtbewusstsein, mutigen Einsatz und den Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.“

Beschränkt zufrieden?



Jeden Tag sind Millionen Berlinerinnen und Berliner mit Bus und Bahn unterwegs. Sie erwarten einen öffentlichen Nahverkehr, der zuverlässig, sicher und sauber ist. Doch viele Fahrgäste erleben auch Probleme wie Schwarzfahren, Vandalismus und ein sinkendes Sicherheitsgefühl. Die CDU-Fraktion möchte nun Zugangsschranken an U-Bahnhöfen testen (siehe Muster/KI-Bild). In vielen europäischen Metropolen gehören solche Systeme längst zum Alltag. Sie erschweren Schwarzfahren, reduzieren unbefugten Zutritt und können dazu beitragen, Bahnhöfe sicherer und attraktiver zu machen. Deshalb sollen im Rahmen eines Pilotprojekts auf ausgewählten U-Bahn-Linien die Einführung eines geschlossenen Zugangssystems erprobt werden. Ziel ist es, Erfahrungen zu sammeln und zu prüfen, wie sich ein solches Modell in Berlin bewährt. Dabei geht es nicht um zusätzliche Hürden für Fahrgäste, sondern um mehr Fairness gegenüber denjenigen, die täglich ihr Ticket bezahlen, sowie um mehr Sicherheit und Aufenthaltsqualität in Bahnhöfen und Zügen.



Einsatz für den Tierschutz

Beim Tag der offenen Tür im Tierheim Berlin konnte sich der Regierende Bürgermeister Kai Wegner davon überzeugen, wie groß das Engagement für den Tierschutz in unserer Stadt ist. Das Tierheim Berlin ist weit mehr als nur eine Anlaufstelle für Hunde, Katzen und Kleintiere. Es ist ein Ort, an dem täglich mit großem Einsatz und viel Leidenschaft für das Wohl der Tiere gearbeitet wird. Zahlreiche hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie viele Ehrenamtliche sorgen dafür, dass Tiere in Not Schutz, Versorgung und die Chance auf ein neues Zuhause erhalten. Für Kai Wegner ist das Engagement für den Tierschutz nicht nur eine politische Aufgabe, sondern auch eine persönliche Herzensangelegenheit. Erst vor wenigen Monaten hat er Hündin Bella aus dem Tierheim adoptiert. Gemeinsam mit Seniorhund Caspar bereichert sie nun das Familienleben. Umso mehr freute er sich, das Tierheim erneut zu besuchen und ein Zeichen der Unterstützung zu setzen: Vor Ort unterschrieb er offiziell seine Mitgliedschaft beim Tierschutzverein für Berlin.

Gewinnspiel

Leserinnen und Leser unseres wöchentlichen Newsletters kennen unser Gewinnspiel natürlich. Sollten Sie als CDU-Mitglied den Newsletter nicht erhalten, liegt es womöglich daran, dass Sie keine (aktuelle) Email-Adresse in Ihrer Kreisgeschäftsstelle hinterlegt haben. Zum Sommer- und Wahlkampfauftakt gibt es eine Rarität zu gewinnen. Nur für den Landesparteitag wurde eine Kampagnenflasche entworfen und hergestellt. Ein letztes Exemplar haben wir als Gewinn für dieses Rätsel aufgehoben.



Unsere neue Gewinnfrage, die Sie bei Lektüre dieser Berliner Rundschau sicher einfach beantworten können, lautet:

Wie viele neue Wohnungen werden bis Ende 2026 entstehen?

- a) 8.000
- b) 18.000
- c) 80.000



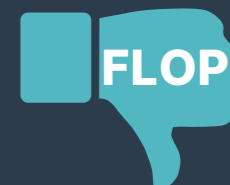
Unter allen richtigen Einsendungen wird der Preis verlost.

Bitte senden Sie Ihre Antwort unter Angabe von Vor- und Nachnamen sowie Ihrer Adresse bis zum 30. Juni an cduberlin@cdu.berlin, Betreff „Gewinnspiel“. Teilen Sie uns außerdem mit, ob wir im Falle eines Gewinns Ihren Namen und Ihren Kreisverband veröffentlichen dürfen. Viel Glück!



Sichere Fahrt

Es geht, wenn man nur will! Bei der BVG kommen seit dem Regierungsantritt der CDU in Berlin intelligente Videotechnik, längere Videospeicherzeiten und mehr Sicherheitspersonal zum Einsatz. Die Kriminalität im öffentlichen Nahverkehr der Hauptstadt geht seitdem zurück, im vergangenen Jahr um ganze 16 %!



Von der Realität geschieden

Die Berliner Jusos sehen in der Ehe eine „patriarchale Machtstruktur“ zur Unterdrückung „von Frauen durch Cis-Männer“ sowie zur Durchsetzung „queerfeindlicher, klassistischer und rassistischer Politik“. Die Ehe solle daher nach dem Wunsch des SPD-Nachwuchses abgeschafft werden. Die Empfehlung der Antragskommission der Mutterpartei: Nicht vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus beraten.



„Wir wollen Schlafbaustellen nicht mehr sehen.“

Berlin ist Baustellen-Hauptstadt: Rund 100.000 werden auf unseren Straßen pro Jahr eingerichtet, alle 53 Meter eine, wie die B.Z. ermittelt hat. Die Folgen sind gravierend. Der Verkehr weicht in die Nebenstraßen aus und nervt dort die Anwohner, BVG-Busse kommen aus dem Takt und anliegende Gewerbetreibende beklagen Umsatzverluste.

Umso schlimmer ist es, wenn auf den Baustellen über längere Zeit hinweg keine Arbeiter zu sehen sind, es sich um sogenannte „Schlafbaustellen“ oder auch „Geisterbaustellen“ handelt. Diesen Baustellen geht Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) nun an den Kragen.

Hierzu wurde Anfang des Jahres ein Baustellen-Koordinator ernannt, dem eine Kontrollgruppe aus Polizei, Ordnungsämtern und Verkehrsverwaltung zur Seite steht. Sie alle sollen die Baustellen überwachen: Liegen die Arbeiten über zwölf Tage brach, kann die Baustelle auf Kosten des Bauherrn geräumt werden. Trödlern soll zudem ein Bußgeld von bis zu 50.000 Euro drohen. Unterstützung sollen die Kontrolleure bei ihrer Arbeit durch die BVG erhalten. Deren Busse werden mit Kameras ausgestattet und sollen die Baustellen automatisiert und datenschutzkonform aufzeichnen.

Und auch das kommt vor: Es gibt Baustellen, die niemals genehmigt wurden. Diese fallen nun leichter auf. Und bei Verstößen wird es teuer werden.

Um Frust zu vermeiden, sollen die Berlinerinnen und Berliner zukünftig auch Informationen zu den Baustellen erhalten. Verkehrssenatorin Bonde: „Mit dem neuen Baustellenschild schaffen wir mehr Transparenz im Berliner Baustellenmanagement.“ Die Schilder sind verpflichtend an allen Baustellen aufzustellen und informieren darüber, wer wie lange baut und warum und bis wann es unter Umständen zu Verzögerungen kommt.

Damit der Verkehr zukünftig nicht weniger durch solche Baustellen beeinflusst wird, wird außerdem die Koordination der Baustellen mit Hilfe künstlicher Intelligenz verbessert. Auch Ampeln sollen Baustellen-Staus künftig nicht weiter verschlimmern: Bei Bauarbeiten über vierzehn Tage muss die Steuerung der Ampel angepasst werden.

Dank des umfassenden Baustellen-Konzepts wird der Verkehr in unserer Stadt zukünftig besser fließen. Das dies funktioniert, haben andere Metropolen bereits vorgemacht.

IMPRESSUM CDU-Landesverband Berlin, Steifensandstraße 8, 14057 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, cduberlin@cdub.berlin; REDAKTIONSLEITUNG: Dr. Ottilie Klein; CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze; REDAKTION: Stéphanie Weber, Janine Remme, Oliver Cywinski; SATZ/BILD: André Laurman-Urbanski; Druckerei: Heenemann, Berlin

BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: Seite 1: Felix Zahn/photothek.de; Seite 2: Michael Benett; Seite 4: Felix Zahn/photothek.de 2x; Patrick Liesener; Seite 5: Felix Zahn/photothek.de, Patrick Liesener; Seite 6 Felix Zahn, ALU; Seite 8: KI-generiert, Tim Graefe,

Patrick Liesener; Seite 9: Tim Graefe, Dirk Reitze; Seite 10: KI-generiert; Seite 11: KI-generiert, Büro Dr. Jan-Marco Luczak; Seite 12: Stéphanie Weber 2x; Seite 13: Patrick Liesener; Seite 14: KI-generiert 2x; Seite 15: Maximilian Greger/wikimedia, Büro Hildegard Bentele; Seite 16: istock/sborisov

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag



Missbrauch gestoppt – Kein Aufenthaltsrecht durch Scheinvaterschaften

Die unionsgeführte Bundesregierung hat eine Lücke im Aufenthaltsrecht geschlossen und schiebt so der missbräuchlichen Anerkennung von Vaterschaften und dem daraus resultierendem Sozialleistungsmissbrauch einen Riegel vor. Bei der sog. missbräuchlichen Anerkennung der Vaterschaft erkennen in der Regel mittellose Männer mit deutscher Staatsangehörigkeit oder unbefristetem Aufenthaltsrecht gegen Bezahlung die Vaterschaft für ein ausländisches Kind an, sodass das Kind Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit erhält und in der Folge mittels Familiennachzug ein Aufenthaltsrecht für die Mutter und weitere im Ausland lebende Geschwister entsteht. In Deutschland beantragen diese dann Sozialleistungen.



„Als Union stehen wir zur besonderen Schutzbedürftigkeit der Familie. Es ist ungeheuerlich, dass der Kerngedanke von Familie, ein sicheres Fundament zu bieten, zur Erschleichung von Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsrecht für Familienangehörige - und in der Folge auch für die Erschleichung von Sozialleistungen - missbraucht wird. Es ist gut, dass wir dem nun

einen Riegel vorschieben“, betont der Rechtsexperte der Union Dr. Jan-Marco Luczak.

Nach Erfahrungen der Ausländerbehörden sowie Erkenntnissen der Standesämter und der Auslandsvertretungen war das bisher geltende Recht nicht ausreichend, um missbräuchliche Anerkennungen der Vaterschaft effektiv zu verhindern. Daher wurden die bisherigen Regelungen so angepasst werden, dass in einschlägigen Verdachtskonstellationen zielgenauer eine weitergehende Einbindung der Ausländerbehörden erfolgt.

Künftig gilt, dass die Zustimmung der Ausländerbehörde für die Anerkennung einer Vaterschaft zwingend erforderlich ist, wenn ein aufenthaltsrechtliches Gefälle zwischen Vater und Mutter und somit der Verdacht auf eine missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung vorliegt. Das Standesamt wird die Eintragung des Vaters also zurückweisen, wenn die Zustimmung der Ausländerbehörde nicht vorliegt. Ausnahmen wird es in konkreten Einzelfällen geben, etwa bei leiblicher Vaterschaft oder bei langem Zusammenleben mit der Mutter.

Auch die Feststellung eines Missbrauchs soll künftig leichter erfolgen können und sich im Vergleich zur bisherigen Rechtslage stärker an Erfahrungswerten aus der ausländerbehördlichen und der standesamtlichen Praxis orientieren.

„So können künftig Scheinvaterschafts-Anerkennungen, die allein der Erlangung aufenthaltsrechtlicher Vorteile und der Erschleichung von Sozialleistungen in Deutschland dienen, wirksamer erkannt und verhindert werden – und zwar ohne berechnete familiäre Bindungen zu beeinträchtigen“, erklärt Luczak.



Unser Bildungspolitik wirkt

Lange Zeit galt Berlin als Sorgenkind der deutschen Bildungspolitik. Bei bundesweiten Vergleichen landete die Hauptstadt regelmäßig auf den hinteren Plätzen. Lehrkräftemangel, fehlende Schulplätze und marode Schulgebäude prägten die Debatte. Drei Jahre nach dem Regierungswechsel zieht die Berliner CDU eine positive Zwischenbilanz: Die neue Bildungspolitik wirkt und erste Erfolge sind sichtbar.

Unter dem Titel „Die neue Berliner Bildungspolitik“ diskutierten Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch, die Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung Annegret Kramp-Karrenbauer und CDU-Generalsekretärin Ottilie Klein in der Berlin Cosmopolitan School über die Zukunft der Berliner Schulen. Im Mittelpunkt standen die bisherigen Reformen, aber auch die Herausforderungen der kommenden Jahre.

Dabei steht die Berlin Cosmopolitan School selbst für einen modernen Lehr-Ansatz. So werden zentrale Fähigkeiten – von Empathie, Kreativität und Wissen bis zu Ausdauer, Teamgeist und kritischem Denken – im Unterricht, aber auch etwa in der Natur gezielt gefördert. So betonte auch Annegret Kramp-Karrenbauer, die selbst einmal Bildungsministerin im Saarland war: „Es sind nicht die Konzepte von gestern und vorgestern, die die Kinder von morgen ans Ziel bringen.“ Und die ehemalige CDU-Bundesvorsitzende stellte außerdem fest: „Wir müssen die Familien und das soziale Umfeld mitdenken, wie lerne ich Pünktlichkeit? Wie lerne ich Ausdauer?“

Besonders deutlich werden die Fortschritte der neuen Bildungspolitik in Berlin bei zwei der größten Baustellen des Berliner Bildungssystems: der Lehrkräfteversorgung und dem Schulplatzmangel. Als die CDU nach 22 Jahren wieder Regierungsverantwortung im Roten Rathaus übernommen hatte, fehlten in Berlin rund 1.500 Lehrkräfte. Durch gezielte Maßnahmen zur Gewinnung

neuer Lehrkräfte, die Qualifizierung von Quer- und Seiteneinsteigern sowie bessere Arbeitsbedingungen an den Schulen konnte die Personalsituation spürbar verbessert werden. Zusätzliche Entlastungspakete für Lehrkräfte und kleinere Lerngruppen an Schulen in besonders herausfordernden Lagen stärken diesen Kurs.

Auch beim Schulbau zeigen sich erstmals messbare Fortschritte. Wie Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch von der CDU erklärte, wird die Zahl der fehlenden Schulplätze in Berlin zum kommenden Schuljahr sinken. Seit Beginn unserer Regierungsverantwortung wurden in der Schulbauoffensive 32 Schulen neu errichtet sowie zahlreiche Erweiterungsbauten und Sporthallen fertiggestellt. Insgesamt sind dadurch bereits ca. 30.000 zusätzliche Schulplätze entstanden. Damit gelingt es erstmals, den über Jahre gewachsenen Mangel Schritt für Schritt abzubauen. Neben Investitionen in Personal



und Infrastruktur setzt die neue Bildungspolitik auf eine stärkere Orientierung an Leistung und Qualität. Lesen, Schreiben und Rechnen rücken wieder stärker in den Mittelpunkt. Gleichzeitig wird der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf verbessert, damit junge Menschen bestmögliche Chancen für ihren weiteren Lebensweg erhalten. Der Aufstieg Berlins in bundesweiten Bildungsvergleichen bestätigt den Kurs.



„
Schule muss ein geschützter
Raum sein, ein Ort der Freiheit
und ein Fundament unserer
demokratischen Gesellschaft.“

Ein Beitrag von Dirk Stettner, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus

Neben Lesen, Schreiben und Rechnen muss an unseren Schulen auch die Erziehung zu mündigen Staatsbürgern erfolgen. Wie das am besten geschehen soll, beschreibt der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Dirk Stettner, im folgenden Namensartikel.

„Unser Ziel sind Schulen, in denen Lehrkräfte mit Autorität unterrichten und Schülerinnen und Schüler ohne Angst lernen können. Sicherheit und Respekt sind keine Nebensache – sie sind die Grundvoraussetzung für gute Bildung, Chancengerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass ihr Kind am Nachmittag nicht nur etwas gelernt hat, sondern dabei auch sicher ist. Diese Selbstverständlichkeit gerät unter Druck. Eine Studie der Bildungsverwaltung zeigt, dass Gewalt an Berliner Schulen zunimmt, an Grundschulen ebenso wie an Sekundar- und Gemeinschaftsschulen.

Gleichzeitig ist der Verfassungsschutzbericht 2025 unmissverständlich: Islamisten, Rechts- und Linksextremisten haben die Schule als Rekrutierungsfeld auserkoren. Sie werben um junge Menschen und sie säen Hass. Sie greifen nach den Köpfen der nächsten Generation.

Besonders islamistische Akteure nutzen dafür die sozialen Medien. Salafistische Prediger und islamistische Influencer verbreiten auf TikTok, Instagram und YouTube professionell aufbereitete Propaganda. Neu ist dabei der Einsatz Künstlicher Intelligenz, um Inhalte in unterschiedlichen Sprachen zu erstellen und gezielt Jugendliche mit Migrationsgeschichte anzusprechen.

Doch die Herausforderung endet nicht im digitalen

Raum. Die wissenschaftliche Untersuchung der Senatsverwaltung macht deutlich, dass extremistische Akteure Jugendliche häufig auch direkt ansprechen – auf dem Schulweg, vor dem Schultor oder im Umfeld von Jugendzentren. Radikalisierung beginnt nicht selten im persönlichen Kontakt. Die Folgen solcher Einflussnahme zeigen sich oft nicht erst in politischen Parolen, sondern im Alltag von Schülerinnen und Schülern.

Es kann nicht sein, dass Mädchen an Berliner Schulen ausgegrenzt, beleidigt oder gemobbt werden, weil sie kein Kopftuch tragen. Schule muss ein Ort sein, an dem jedes Kind ohne Angst vor Gruppenzwang, Einschüchterung oder sozialer Ächtung seinen eigenen Weg gehen kann.

Dafür braucht es eine klare und konsequente Strategie:

Prävention: Medienkompetenz muss zu einer zentralen sicherheitspolitischen Aufgabe werden. Dazu gehört auch der Runde Tisch „Smartphones an Schulen“, der Wege aufzeigen soll, wie digitale Medien verantwortungsvoll genutzt werden können.

Intervention: Konflikte müssen frühzeitig erkannt und entschärft werden. Probleme dürfen nicht ignoriert werden, bis sie eskalieren.

Repression: Wer andere bedroht, schlägt oder einschüchtert, muss mit spürbaren Konsequenzen rechnen. Es darf keine Täter-Opfer-Umkehr geben. Nicht die Opfer dürfen verdrängt werden – die Täter müssen die Folgen ihres Handelns tragen.

Denn Schule muss ein geschützter Raum sein, ein Ort der Freiheit und ein Fundament unserer demokratischen Gesellschaft. Dieses Fundament müssen wir entschlossen verteidigen.“



Die kleine Schwester der Sicherheit

Ein sauberes und sicheres Berlin ist für das allgemeine Wohlbefinden aller Berlinerinnen und Berliner entscheidend; und beides hat unmittelbar etwas miteinander zu tun.

Bereits Ende der 1960er Jahre stellte die Broken-Windows-Theorie fest, dass sichtbare Zeichen von Verwahrlosung, Unordnung (wie z. B. Graffiti oder Müll) und auch Bagatelldelikte (wie Schwarzfahren) weitere, schwerere Kriminalität begünstigen. Wer morgens durch seinen Kiez geht, erwartet saubere Straßen, gepflegte Grünanlagen und öffentliche Räume, in denen man sich sicher fühlen kann. Nicht zuletzt in Berlin eine herausfordernde Aufgabe.

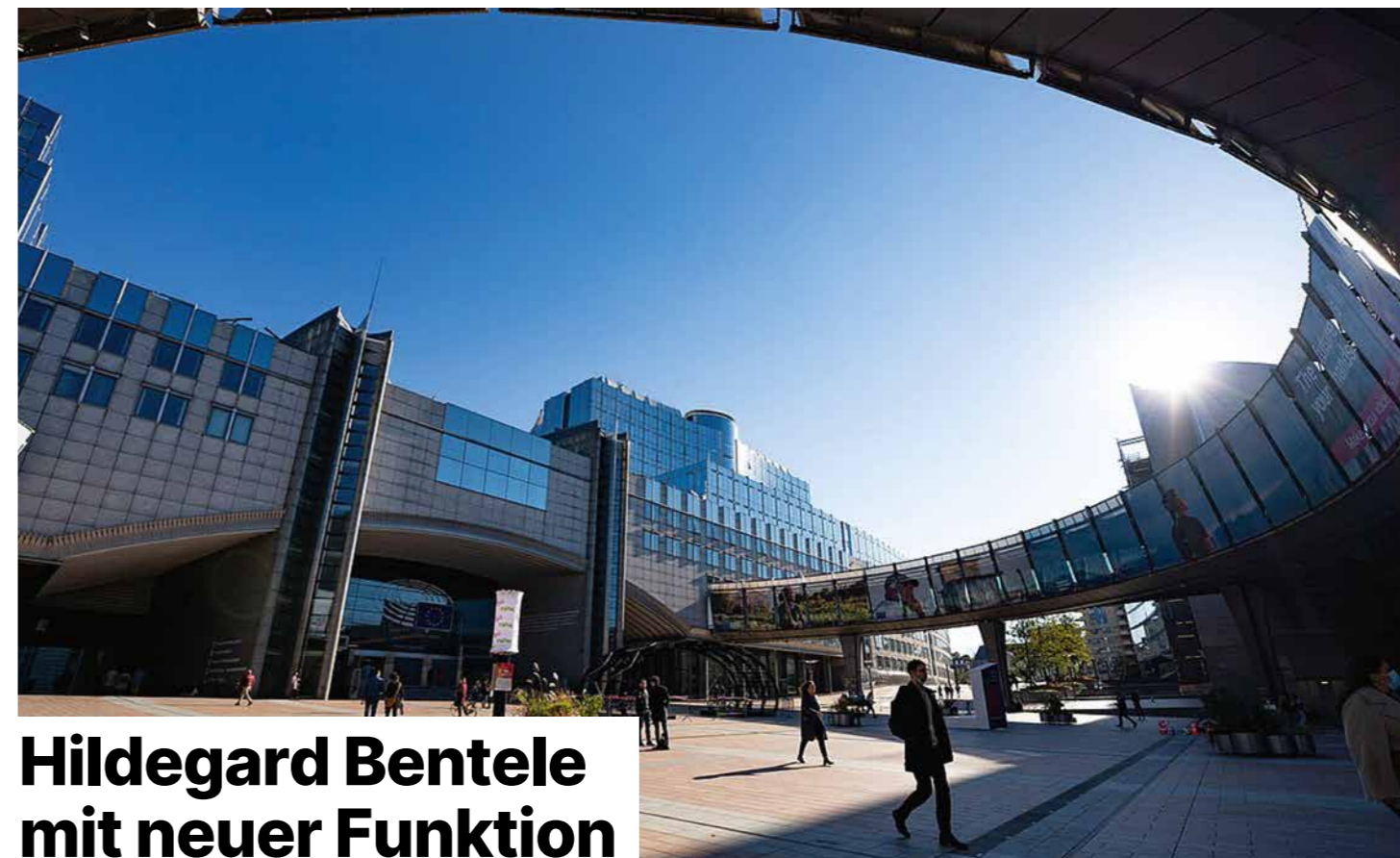
Müll fällt nie vom Himmel, sondern immer aus Händen. Deshalb hat die schwarz-rote Koalition begonnen, dort anzupacken, wo viele Menschen jahrelang den Eindruck hatten, dass Missstände einfach hingenommen werden.

Ein Schwerpunkt ist dabei der Kampf gegen die zunehmende Vermüllung im öffentlichen Raum. Weggeworfene Zigarettenkippen, Verpackungen und

Sperrmüll verschandeln nicht nur das Stadtbild, sondern verursachen jedes Jahr hohe Kosten für die Allgemeinheit. Für die Berliner Christdemokraten gilt: Wer öffentliche Räume verschmutzt, muss dafür auch Verantwortung übernehmen. Deshalb wurden die Bußgelder deutlich erhöht und auf eine konsequentere Durchsetzung bestehender Regeln gesetzt. Genauso konsequent verfolgt die CDU ihren Kurs in der Sicherheitspolitik, dem großen Bruder der Sauberkeit. Viele Berlinerinnen und Berliner erwarten zu Recht, dass Parks, Plätze und Grünanlagen Orte der Erholung und Begegnung sind. Zu lange wurde jedoch akzeptiert, dass Kriminalität und Drogenhandel in einigen Bereichen das Bild bestimmten. Besonders sichtbar wird diese Herausforderung am Görlitzer Park. Für die CDU ist klar: Der Görlitzer Park gehört den Berlinerinnen und Berlinern und nicht Kriminellen. Deshalb drängen der Regierende Bürgermeister Kai Wegner und seine CDU auf die geplante nächtliche Schließung des Parks als Teil eines umfassenden Sicherheitskonzepts. Auch nach dem jüngsten Gerichtsbeschluss hält die CDU an diesem Ziel fest. Die notwendigen rechtlichen Schritte sollen geprüft und der eingeschlagene Weg fortgesetzt werden.

Mehr Schutz für Frauen

Berlin baut die Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen massiv aus. In diesem Sommer eröffnen das zehnte und elfte Frauenhaus der Stadt, wodurch 27 neue Familienplätze mit 70 Betten hinzukommen. Insgesamt bietet Berlin dann Platz für 430 Familien. Zum Schutz vor den Tätern bleiben die neuen Adressen streng geheim. Flankierend hat Berlin zudem die elektronische Fußfessel eingeführt: Sie überwacht Näherungsverbote digital und hält Gewalttäter konsequent von den Schutzräumen fern.



Hildegard Bentele mit neuer Funktion

Hildegard Bentele ist neue Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Die deutschen CDU/CSU-Abgeordneten wählten sie am Montagabend während der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg in ihre neue Funktion. Damit folgt sie auf Christine Schneider, die am 18. Mai zur Ministerin für Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Forsten in Rheinland-Pfalz ernannt wurde und aus dem Europäischen Parlament ausgeschieden ist.

„Gute Politik besteht auch aus gutem politischem Handwerk, in der Europapolitik vor allem aus enger Abstimmung und Zusammenarbeit. Ich bedanke mich herzlich für das Vertrauen der Gruppe und freue mich darauf ihr großes Potential weiter zu heben und gemeinsam an einem starken Europa zu arbeiten, das unseren Bürgerinnen und Bürgern dient,“ so Hildegard Bentele nach ihrer Wahl zu ihren Zielen. Insbesondere eine engere inhaltliche Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion soll ein Schwerpunkt sein.

Seit Mai 2019 vertritt Hildegard Bentele Berlin im Europäischen Parlament. In dieser Legislaturperiode ist sie Vorsitzende der Israel-Delegation des Europäischen Parlaments, Stellvertretende Vorsitzende des Entwicklungsausschusses und Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie.



Berlin wird vernetzt.

Folgen Sie uns auf unseren Social-Media-Kanälen:

CDU Berlin auf Instagram



CDU Berlin auf Facebook



Kai Wegner auf LinkedIn



Summer in the City

CDU Landesverband Berlin, Steifensandstr. 8, 14057 Berlin

Es werden wieder abertausende von Touristen ins sommerliche Berlin kommen, um die Stadt der Freiheit zu erkunden. Eine gute Idee auch für die Hauptstädter selbst. War denn jeder schon einmal auf den beiden großen Berliner Sendemasten, dem Funk- und dem Fernsehturm? Welcher unserer Museen von Weltruf haben Sie noch nicht besucht? Für alle, die etwas Besonderes, vor allem unter freiem Himmel suchen, haben wir ein paar Ideen gesammelt:

Classic Open Air am Gendarmenmarkt vom 9. bis 14. Juli: Seit über drei Jahrzehnten erklingen vor eindrucksvoller Kulisse des Konzerthauses, des deutschen Doms sowie des Französischen Doms populäre klassische und moderne Melodien. Die Aufführungen werden durch Licht- und Feuerspiele untermalt.

Lollapalooza im Olympiapark vom 18. bis 19. Juli: Das legendäre US-Festival kommt zum 11. Mal nach Berlin. Mit Musik, Kunst und Leckereien lockt es jedes Jahr tausende Besucher an. Unter den Künstlern, die dieses Jahr auftreten, sind unter anderem Lorde, Pitbull, Lewis Capaldi, Teddy Swims, Lily Allen und Zara Larsson.

Berliner Volksfestsommer vom 9. Juli bis 2. August: Bereits zum 63. Mal findet das vormals Deutsch-Französische Volksfest auf dem Festplatz am Kurt-Schumacher-Damm statt. Den Besuchern erwarten klassische Rummelattraktionen, Biergärten und Foodtrucks. Highlights sind die jeden Freitag abgebrannten Riesen-Feuerwerke.

Berliner Circus Festival vom 5. bis 16. August: Für 12 Tage verwandelt sich das Tempelhofer Feld in ein buntes Outdoor-Areal mit zahlreichen Zelten. Neben Vorführungen aus dem zeitgenössischen Zirkus runden Konzerte und zahlreiche gastronomische Angebote das Programm ab.

Lange Nacht der Astronomie am 12. August: Eine Nacht für alle interessierten Sternengucker. Die Lange Nacht wird schwerpunktmäßig im und um das Zeiss Großplanetarium gefeiert. Zusätzlich öffnen aber auch andere Planetarien und Sternwarten in dieser Nacht ihre Pforten für Neugierige.

Pistachio Street Food Festival vom 22. bis 23. August: Das seit 2021 stattfindende Event am Gleisdreieck ist der besonders gesunden Nuss gewidmet. Die Gäste können herzhaftes und süßes Pistazienspezialitäten aus aller Welt verkosten und an Show-Cookings teilnehmen.

Open-Air UFA Filmnächte auf der Museumsinsel vom 26. bis 28. August: Die Veranstaltung ehrt vor spektakulärer Kulisse die Stummfilm-Avantgarde der 1920er Jahre. An drei Abenden werden restaurierte Klassiker, begleitet von Live-Orchestern oder namhaften Solisten, gezeigt.

Lange Nacht der Museen am 29. August: An dem Tag öffnen 75 Museen und Ausstellungsorte in Berlin von 18 bis 2 Uhr nachts für Besucher ihre Türen. Die Besucher haben nicht nur die Möglichkeit, die Sammlungen und Installationen in Augenschein zu nehmen. Zusätzlich locken spezielle Workshops und Künstlergespräche.

German Rum Festival vom 29. bis 30. August: Das Festival in Kreuzberg gehört zu den größten Messen im Bereich Rum weltweit. An rund 70 Ständen können Kenner und Neueinsteiger ab 18 Jahren alles vom Zuckerrohr bis zur fertigen Spirituose erfahren und natürlich auch verkosten.